

Friedrich Merz

**Grundsatzrede des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag beim Kongress „Die Bundeswehr zwei Jahre nach
Ausrufung der Zeitenwende“ am 10. April 2024.**

Lieber Jo Wadephul,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
vor allen aber, liebe Soldatinnen und Soldaten,
liebe Gäste,
meine Damen und Herren, herzlich willkommen im Fraktionssitzungssaal der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Ich freue mich, dass Sie unserer Einladung in einer so großen Zahl gefolgt sind
und dass wir heute hier im bis auf den letzten Platz besetzten Fraktionssaal
unserer Bundestagsfraktion mit Ihnen ein wenig über die Bundeswehr
diskutieren können und über die Perspektiven unserer Außenpolitik, unserer
Sicherheitspolitik und unserer Verteidigungspolitik. Denn es gibt eine Menge zu
besprechen.

Lassen Sie mich damit beginnen, dass ich sage, die geopolitische Lage im
Allgemeinen, aber auch die europäische Sicherheitslage, bedrohen unsere
Freiheit, bedrohen unseren Frieden. Und diese Bedrohung wird uns in den
letzten zwei Jahren, so denke ich, und so geht es vermutlich auch Ihnen, erst im
Laufe dieser Zeit so richtig deutlich. Es gibt Expertinnen und Experten, die uns
nur noch wenige Jahre geben, bevor Russland militärisch und auch industriell in
der Lage sein könnte, das NATO-Gebiet auch konventionell militärisch
herauszufordern. China - ein anderes großes Land - benennt, ohne ein Blatt vor
den Mund zu nehmen, das Ziel einer sogenannten Wiedervereinigung mit
Taiwan und schließt dabei auch militärische Mittel nicht aus. Meine Damen und
Herren, das sind nur zwei Beispiele. Ich könnte einige andere nennen, auch
Länder nennen, die wir benennen müssen, wenn wir über das Erstarken von

Autokratien weltweit sprechen. Und diese Autokratien treiben uns in einen neuen und von uns nicht geahnten Systemkonflikt - einen Systemkonflikt, der die Grundlagen der liberalen, regelbasierten internationalen Ordnung fundamental gefährdet.

Wir haben also keine Zeit zu verlieren. Spätestens seit der Rede des Bundeskanzlers vom 27. Februar 2022, spätestens seit dem 24. Februar 2022 und eigentlich schon seit dem Mai 2014 muss uns klar geworden sein und wird deutlich, wo die Handlungsfelder liegen. Seit dieser Rede - und Jo Wadephul hat es gesagt, sind jetzt über zwei Jahre vergangen. Der Bundeskanzler hat dieses Wort nicht geprägt, aber wiederverwendet. Er hat es schon einmal in einer eigenen Publikation einige Jahre vorher genannt, aber er hat es damit zum allgemeinen Sprachgebrauch werden lassen, dieses Wort Zeitenwende. Ich sage es mal aus unserer Sicht, und ich vermute, die meisten von ihnen werden es teilen: Aus dem Wort Zeitenwende muss die Tat Zeitenwende werden. Eine Zeitenwende, die insbesondere den Aufgaben gerecht wird, die in der Außenpolitik, in der Sicherheitspolitik und in der Verteidigungspolitik vor uns liegen und deren Größe wir vermutlich erst langsam wirklich erkennen.

Es kommt jetzt kurzfristig darauf an, dass wir dem Land, das akut militärisch angegriffen wird, der Ukraine, wirklich helfen. Es kommt darauf an, den Kollaps der Front zu verhindern. Und deswegen lassen Sie mich wiederholen, was wir alle bei verschiedenen Gelegenheiten auch der parlamentarischen Diskussion der letzten zwei Jahre gesagt haben: Wir müssen alles unterhalb der Schwelle einer Kriegsbeteiligung der Bundesrepublik Deutschland oder der NATO tun, was die Ukraine in die Lage versetzt, der russischen Aggression wirklich standzuhalten. Und, meine Damen und Herren, das heißt, die Ukraine muss diesen Krieg gewinnen und Russland muss ihn verlieren. Was heißt das konkret? Das heißt nicht, dass die Ukraine Russland angreifen können muss. Das heißt konkret: Die Ukraine muss in die Lage versetzt werden, die vollständige territoriale Integrität des eigenen Landes wiederherzustellen.

Und wenn Sie in diesen Tagen und Wochen mit Vertretern der ukrainischen Regierung sprechen und wir tun das ja häufig und im permanenten Dialog, dann geht es nicht allein um die Ostukraine. Dann geht es aus der Sicht der Ukraine auch und vor allem um die Krim. Denn die Krim und das Nordufer des Schwarzen Meeres werden strategisch darüber entscheiden, ob die Ukraine nach diesem Konflikt einen Zugang zum Schwarzen Meer behält und ob die Ukraine in der Lage ist, einen großen Teil ihrer Volkswirtschaft auch mit diesem Zugang über das Schwarze Meer zu stabilisieren.

Uns fehlt in der Bundesrepublik Deutschland und in Teilen des Westens eine, lassen Sie mich das so sagen, zutreffende Einschätzung dieser Bedrohung.

Es ist ein zeitlicher Zufall, aber ich hatte heute Mittag Gelegenheit, mit den Botschaftern der nordeuropäischen Staaten und der baltischen Staaten hier in Berlin zu einem Mittagessen zusammenzukommen. Und diese Botschafter, mittlerweile Botschafter von ausschließlich NATO-Mitgliedsstaaten, nun auch einschließend Schweden und Finnland, berichten aus ihren Ländern. Und unsere Reisen dorthin, nach Schweden, nach Finnland, in das Baltikum, bestätigen genau diesen Eindruck. Diese Bevölkerungen haben einen anderen Zugang zu dieser tatsächlichen Bedrohung unserer Freiheit, auch unserer territorialen Integrität, die wir sehen müssen und die wir aus Russland erkennen müssen.

Meine Damen und Herren, Gott sei Dank, unsere Bevölkerung hier in Deutschland, in großen Teilen Europas, Westeuropas jedenfalls, wir leben seit über 70 Jahren in Frieden und Freiheit. Damit dies so bleibt, müssen wir als diejenigen, die politisch Verantwortung tragen und das gilt für die Regierung wie für die Opposition, das gilt für jeden einzelnen Abgeordneten, der hier im Deutschen Bundestag einen Sitz einnimmt: Wir müssen erklären, was für uns sozusagen die Voraussetzungen dafür sind, dass dies auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten möglich sein kann.

Und Sie wissen, wir führen seit einigen Tagen, um es genauer zu sagen, seit drei Wochen, eine Debatte hier im Deutschen Bundestag um die Frage, ob man denn möglicherweise diesen Konflikt nicht doch jetzt bald einfrieren sollte und damit einer Lösung dieses Krieges näherkommen könnte.

Lassen Sie mich zu dieser Frage jemanden zitieren, der vor wenigen Tagen, als er auch Mitglied war einer Gruppe von Wissenschaftlern, die der SPD und dem Bundeskanzler einen Brief geschrieben haben, der vor wenigen Tagen in einem Interview mit Spiegel Online noch einmal genau zu dieser Frage eine Antwort gegeben hat. Der Frage nämlich, könne nicht vielleicht ein Einfrieren dieses Konfliktes eine vorläufige Lösung sein? Die Antwort dieses Autors - es ist Jan Behrens, einer der Geschichtswissenschaftler, der an der Viadrina in Frankfurt an der Oder lehrt, Mitglied der SPD ist und auch Mitglied dieser kleinen Gruppe der Autoren dieses Briefes, sagt darauf wörtlich: "Mit den Minsker Vereinbarungen 2014 und 2015 hat die internationale Gemeinschaft zweimal versucht, den Krieg in der Ostukraine einzufrieren, was spektakulär gescheitert ist. Die Russen fühlten sich ermuntert, weiterzumachen. Minsk war nichts weniger als die Rutsche in den großen Krieg. Ein „Einfrieren“ würde der russischen Armee nur eine Verschnaufpause ermöglichen".

Meine Damen und Herren, ich darf das für meine Kolleginnen und Kollegen sagen, vermutlich auch für viele, die hier im Raum sitzen: Wir teilen diese Einschätzung. Es ist eine Einschätzung, die wir politisch ablehnen, von der wir nicht überzeugt sind, von der wir aber einen großen Teil unserer Bevölkerung erst noch überzeugen müssen. Denn dieses Wort vom Einfrieren des Konfliktes, täuschen wir uns bitte nicht, hat in vielen Ohren der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes einen wohlklingenden Klang und hat eine verführerische Wirkung auf diejenigen, die so etwas hören.

Nun lassen Sie mich noch einmal zurückkommen auf die nordeuropäischen Staaten. Wir haben Besuche gemacht in Schweden, in Finnland, in den baltischen Staaten. Dort gibt es nicht nur für die militärische Bedrohung ein

ausgeprägteres Gefühl als bei uns. Es gibt dort auch für den Zivilschutz ein sehr viel umfassenderes Gefühl, und ich konnte dies zuletzt bei einem Besuch einer großen Zivilschutzanlage in Helsinki kennenlernen.

Es wird vielen von Ihnen ähnlich ergangen sein wie mir, die das möglicherweise zum ersten Mal gesehen haben. Überraschend, was dieses Land seit Jahrzehnten neben der militärischen Abschreckung jetzt auch in der NATO bereit ist, an Zivilschutz zu ermöglichen.

Wir beobachten im Hinblick auf die Bundeswehr zwei widerstrebende oder zwei entgegengesetzte Trends. Zum einen ist die Bundeswehr seit der Aussetzung der Wehrpflicht immer stärker aus dem öffentlichen Bewusstsein herausgetreten.

Zum anderen war ihr konkreter Stellenwert für unsere Freiheit seit dem Ende des Kalten Krieges noch nie so hoch wie heute.

Was folgt daraus? Nun, bevor ich zu den strukturellen Herausforderungen der Bundeswehr komme, lassen Sie mich deshalb einmal etwas ganz Grundlegendes sagen. Trotz der sehr schwierigen Rahmenbedingungen leisten die Soldatinnen und Soldaten unserer Bundeswehr, auch die zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ihren Dienst hochmotiviert und verlässlich. Ich konnte das mehrfach bei Truppenbesuchen auch beobachten und mir selbst ein Bild davon machen. Die Bundeswehr ist heute eine verteidigungsbereite Armee und sie ist eine der besten im europäischen Verbund.

Deswegen gilt den Angehörigen der Bundeswehr und ich will dies an dieser Stelle hier einmal deutlich sagen, noch einmal auch im Namen der Kolleginnen und Kollegen, unsere hohe Anerkennung und der ausdrückliche Dank, auch der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, für den Dienst, den Sie im Interesse unseres Landes leisten.

Wenn wir über die Defizite sprechen, dann ist das nicht die Verantwortung der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, sondern dann ist das die Verantwortung der Politik. Es ist unsere Politik, unsere Verantwortung, dass wir die Bundeswehr nicht so ausgestattet haben, wie das gerade in diesen Zeiten, in denen wir heute leben, sein müsste. Die von Deutschland in der NATO eingegangenen Verpflichtungen können gegenwärtig nicht vollumfänglich erfüllt werden. Die materiellen Lücken sind auch und nicht zuletzt aufgrund der notwendigen Aufgaben zur Unterstützung der Ukraine eher größer geworden. Ich denke hier nur an Ausrüstung, aber auch vor allem an Munition und im Übrigen auch deshalb, weil wir insgesamt abgegebenes Material nicht schnell genug nachbeschaffen können.

Schauen wir auf die Finanzen, dann holt uns diese sogenannte Friedensdividende heute geradezu doppelt ein. Wir haben Jahrzehnte gespart, gekürzt und reduziert. Auch wir als Union waren daran beteiligt. Die Lage ist nun aber eine vollständig andere. Sicherheit und Verteidigung haben einen Preis und diesen Preis werden wir zahlen müssen, wenn wir weiterhin in Freiheit und in Frieden leben wollen.

Das Sondervermögen, Jo Wadephul hat auch darauf kurz Bezug genommen, das Sondervermögen, das wir gemeinsam mit der Koalition beschlossen und im Bundestag, in der Verfassung, im Grundgesetz verankert haben, ist nahezu vollständig verplant. Die Finanzlinie im Einzelplan 14, der die laufenden Einnahmen und Ausgaben für die Bundeswehr regelt, stagniert. Der Bundeskanzler verspricht, bis weit in die 2000er Jahre hinein mindestens 2 % des Bruttoinlandsproduktes für Verteidigung auszugeben. Das ist unsere NATO-Verpflichtung und sogar genauer betrachtet seit dem letzten NATO-Gipfel die Mindestverpflichtung, die wir eingegangen sind. Es heißt jetzt mindestens 2 % des BIP für die Verteidigung.

In Zahlen ausgedrückt, meine Damen und Herren, bedeutet dies nach gegenwärtigem Stand der Dinge Ausgaben für den Einzelplan 14 von rund 75 bis 80 Milliarden Euro. Das Verteidigungsministerium selbst geht für die Zeit nach der Ausschöpfung des Sondervermögens von 95 Milliarden Euro aus und kalkuliert bereits für die weiteren fünf Jahre danach mit einem Budget von gut 100 Milliarden Euro. Wir haben es hier also in Wahrheit mit einer Deckungslücke aufwachsend von 30 bis zu 50 Milliarden Euro zu tun für unsere Verteidigung. Das stellt uns vor große Herausforderungen.

Und diese Zeitenwende, die damit einhergehen muss, heißt nicht nur mehr Schulden für die Bundeswehr, sondern bedeutet auch einen tiefgreifenden Wandel der Prioritäten, die wir uns in den öffentlichen Haushalten setzen und auf denen dann unsere Politik, auch und nicht zuletzt unsere Sicherheitspolitik, basieren muss. Unsere Verteidigungspolitik muss sich dabei von einer Prämisse leiten lassen. Nur Stärke schreckt ab. Um diesen Auftrag, den wir Bündnis- und Landesverteidigung, Landes- und Bündnisverteidigung nennen, erfüllen zu können, brauchen wir eben eine voll ausgestattete Bundeswehr. Unseren Soldatinnen und Soldaten schulden wir in einer Zeit, in der der Krieg zurückgekehrt ist nach Europa, erstklassiges Material und eine erstklassige Ausrüstung. Wir schulden ihnen auch Depots, die gefüllt sind mit der notwendigen Munition aller Kaliber. Niemals dürfen wir in ein ähnliches Dilemma kommen wie unsere ukrainischen Freunde, die an der Front heute Tag für Tag genau abwägen müssen, ob sie schießen oder nicht. Mit allen Konsequenzen für Leib und Leben der Soldatinnen und Soldaten.

Meine Damen und Herren, wir müssen aber auch aus dem Krieg in der Ukraine für unsere Planungen der Zukunft die richtigen Schlüsse ziehen. Ich denke hier beispielsweise an die Rolle von Drohnen, etwa Drohnen, die auf dem Gefechtsfeld mehr russische Panzer zerstört haben als klassische westliche Panzerabwehrsysteme. Erinnern Sie sich noch an die Debatte, die vor weniger als drei Jahren hier in Berlin geführt wurde um die Bewaffnung von Drohnen?

Meine Damen und Herren, was ist das für eine vergangene Zeit? Um State of the Art zu bleiben, müssen wir in Forschung und Entwicklung investieren. Wir sparen hier zurzeit am falschen Ende. Der Forschungsstandort, auch der Forschungsstandort Deutschland um militärische Rüstungsgüter, muss Nummer 1 in Europa sein. Technologieüberlegenheit schützt unsere Soldatinnen und Soldaten und er verändert die Kalkulation von uns feindlich gesinnten Staaten.

Erlauben Sie mir ein Wort auch an die Universitäten. Meine Damen und Herren, auch Universitäten gehören in diesen Verbund, und entsprechende Klauseln in den Satzungen der Universitäten sollten möglichst bald der Vergangenheit angehören. Forschung und Entwicklung, insbesondere an staatlichen Universitäten, haben sich bitte auch in den Dienst unserer Verteidigung, in den Dienst der Verteidigung unserer Freiheit und des Friedens in unserem Lande zu stellen. Das ist entscheidend dafür, dass Rüstung und Beschaffung weiter beschleunigt werden. Wir müssen hier noch europäischer denken, noch europäischer handeln und bitte auch den einen oder anderen nationalen Egoismus überwinden.

Ich weiß, dass das schwierig ist und dass Beschaffung sehr häufig auch als Industriepolitik verstanden wird. Ich weiß, dass dies bei unseren europäischen Nachbarn, nicht nur bei den Franzosen, auch bei den Spaniern, bei den Briten, bei vielen anderen in der NATO, ein Thema ist, das immer wieder sehr stark auf die nationalen Interessen auch der jeweiligen produzierenden Industrie ausgerichtet wird. Ja, das ist alles berechtigt und richtig. Aber die Synergieeffekte, die wir nutzen können, die Skaleneffekte, die wir einfach durch größere Beschaffungsvolumina gemeinsam nutzen könnten, würde hier auch einen wesentlichen Teil der Finanzen in verlässlichere Bahnen lenken, als wir dies gegenwärtig tun.

Die Verteidigungsindustrie braucht dabei verlässliche Planung und auch eine Finanzierung mit einer abgestimmten Strategie der Bundesregierung, die auch

nach die Frage nach praktikablen Rüstungsexportregeln beantwortet. Die Rüstungsindustrie braucht in diesem Zusammenhang keine Fortsetzung der sogenannten Taxonomie, die die Rüstungsindustrie sozusagen in die Schmutzdecke, auch bei den Banken, stellt. Es gehört für mich zu den Absurditäten unserer Zeit, dass die Banken heute in Deutschland trotz dieser Notwendigkeiten, die wir alle anerkennen, immer noch nicht umfänglich und ohne Einschränkung in die Lage versetzt werden, Rüstungsunternehmen zu finanzieren und mit entsprechenden finanziellen Mitteln auszustatten.

Und schließlich, meine Damen und Herren, ohne Personal - Jo Wadephul hat es schon angesprochen - helfen auch neue Panzer und Flugzeuge nicht weiter. Soldat sein ist kein Job wie jeder andere. Personal ist zurzeit die größte Achillesferse unserer Streitkräfte. Die derzeitige Obergrenze, Sie wissen das alle, liegt bei 203.000 Soldatinnen und Soldaten. Wir haben unverändert ein Defizit von mehr als 20.000 Frauen und Männern, die in der Bundeswehr bereit sind, zu dienen.

Der Soldatenberuf muss daher so attraktiv wie möglich sein, ohne den Kern des Berufs, der ja Entbehrungen und notfalls den Einsatz von Leib und Leben mit sich bringt, auszublenden. Daher brauchen wir neue Karriere- und Standortmodelle, um den Lebensrealitäten auch junger Menschen bestmöglich gerecht zu werden und auch zu einer zunehmenden, auch einer zunehmenden Überalterung der Streitkräfte zu begegnen.

Der Binnenarbeitsmarkt der Bundeswehr sollte gestärkt werden. Warum soll ein Panzergrenadier nach 20 Jahren im Dienst in Uniform nicht wie selbstverständlich in der zivilen Verwaltung und am besten am selben Standort der Bundeswehr weiter dienen und diesen möglichen Werdegang nicht schon am Anfang aufgezeigt bekommen, so dass er auch eine dauerhafte Karriere bei den Streitkräften und vielleicht sogar an seinem Standort machen kann?

Wir sollten zur Kenntnis nehmen, dass der Dienst in Ballungsräumen und Großstädten aufgrund der Lebenshaltungskosten dort zunehmend unattraktiv wird. Hier müssen Lösungen gefunden werden, die auf die Bundeswehr zugeschnitten sind. Und hier müssen auch in anderen Ressorts der Bundesregierung, wie zum Beispiel in dem für Besoldungsfragen zuständigen Bundesministerium des Innern, die Belange der Statusgruppe der Soldaten noch besser berücksichtigt werden als gegenwärtig.

Und last but not least, Attraktivität des Berufs setzt Anerkennung voraus. Anerkennung für die, die dienen, und auch für die, die bereits gedient haben, zum Teil erneut mit erheblichen Entbehrungen und unter Einsatz von Leib und Leben. Deshalb ist eine lebendige Veteranenkultur in Deutschland notwendig, aber sie kann nicht von oben allein befohlen werden. Wir haben mit der Einführung eines Veteranentages in der Politik, das denke ich können wir heute so sagen, im Bundestag einen geeigneten Diskussionsrahmen geschaffen. Dass wir dies interfraktionell auf den Weg bringen, ist ein gutes und wichtiges Signal für unsere Soldatinnen und Soldaten.

Nun, meine Damen und Herren, abschließend, unsere ganze Gesellschaft muss wehrhafter und resilienter werden. Wir brauchen hierfür auch eine starke Reserve. Dafür und für eine notwendige Aufwuchsfähigkeit in Krisenzeiten müssen wir in einem ersten Schritt über das schwedische Modell nachdenken und uns anschließend auch über die Einführung einer entsprechenden Verpflichtung Gedanken machen.

Lassen Sie mich dazu zwei, drei Sätze ergänzend hinzufügen. Wir sprechen hier über 700.000 junge Menschen, die in jedem Jahr als ein Jahrgang zunächst erfasst und gemustert werden müssten. Der Bundesverteidigungsminister hat seine Sympathie für dieses sogenannte schwedische Modell ebenso zum Ausdruck gebracht, wie ich das heute hier tun möchte. Die diese Bundestagsfraktion tragenden Parteien, die CDU und die CSU, haben sich auf jeweiligen Parteitag mit dieser Frage bereits intensiv beschäftigt. Die CSU hat

die Wiedereinführung der Wehrpflicht beschlossen. Die CDU hat auf ihrem letzten Bundesparteitag in Hannover die Einführung eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres beschlossen, zu der auch der Dienst in den Streitkräften gehören könnte. Für den jetzt in vier Wochen anstehenden Bundesparteitag der CDU hier in Berlin liegen uns Anträge vor, die Wehrpflicht in Deutschland, ähnlich wie die CSU es beschlossen hat, wieder einzuführen.

Ich weiß, dass die Einführung eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres hohe verfassungsrechtliche Hürden mit sich bringt. Die Wehrpflicht ist zurzeit nur ausgesetzt. Wir könnten sie relativ schnell einfach gesetzlich wieder einführen. Aber so ganz einfach wird das auch nicht werden. Denn so wie sie war, als sie ausgesetzt wurde, können wir sie heute nicht einfach eins zu eins wieder einführen. Zumal wir ganz sicher auch erwägen müssten, junge Frauen mit einzubeziehen in eine solche Dienstverpflichtung.

Lassen Sie uns bitte über dieses Thema gemeinsam sprechen. Meine Beobachtung ist, dass gerade in der jüngeren Generation unseres Landes eine sehr große Bereitschaft besteht, diesen Dienst, sei es in Form eines allgemeinen, einer allgemeinen Dienstpflicht oder sei es in Form einer Wehrpflicht, diesen Dienst in unserem Land zu leisten.

Lassen Sie uns dieses Momentum nutzen, eine zielführende Debatte über dieses Thema zu führen. Wir brauchen dazu dann allerdings auch einen möglichst breiten politischen Konsens in der Mitte dieses Hauses, wenn wir diesen Weg gehen wollen.

Ich bin davon überzeugt, es ist die richtige Zeit, jetzt diese Diskussion zu führen und Schritt für Schritt auch zu einem Ergebnis zu bringen.

Meine Damen und Herren, der letzte Punkt, den ich gerne ansprechen möchte, ist unsere Nationale Sicherheitsstrategie. Sie wissen, dass die Bundesregierung im letzten Jahr eine nationale Sicherheitsstrategie verabschiedet hat nach intensiven, zum Teil sehr mühevollen Diskussionen zwischen den einzelnen

Ressorts. Sie ist allerdings operativ die Antwort schuldig geblieben, wie denn eine solche nationale Sicherheitsstrategie dann auch umgesetzt werden soll. Wir gehen hier als CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen Schritt weiter und wollen im Bundeskanzleramt einen Nationalen Sicherheitsrat ansiedeln, der dort dann allerdings auch umfassend sicherheitspolitische Fragen diskutiert, in einem Analysezentrum auswerten lässt und unter Einbeziehung der Länder, der Kommunen, die für den Zivilschutz mit verantwortlich sind, diese relevanten Sicherheitsfragen unseres Landes versucht, zu beantworten. Wir brauchen im föderalen Staat der Bundesrepublik Deutschland eine bessere Koordinierung unserer nationalen Sicherheitsinteressen. Und die können nach unserer festen Überzeugung nur im Bundeskanzleramt ihre feste Verankerung finden und dort mit einem nationalen Sicherheitsrat so ausgestattet werden, dass wir auch in der Lage sind, ein Gesamtlagebild zu erstellen mit den notwendigen politischen Konsequenzen, die sich daraus dann für die Bundesregierung als Ganzes ergeben.

Lassen Sie mich also zusammenfassend sagen: Sicherheit und Verteidigung werden und müssen auch wieder oberste Priorität genießen und dafür mit den notwendigen Ressourcen in unserem Land hinterlegt werden. Das ist in unserem ureigenen Interesse und es ist Grundvoraussetzung für ein Leben in Freiheit, in Frieden und in Wohlstand. Und wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion, meine Damen und Herren, wir zählen auf Sie, die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, die Zivilangestellten, diejenigen, die die Bundeswehr auch in anderen Berufen bis hin zu den wissenschaftlichen Institutionen begleiten.

Wir stehen an Ihrer Seite und wir wollen gemeinsam mit Ihnen und in diesem Kongress Impulse setzen zum Wohle unserer Bundeswehr und zum Wohle unseres Landes. Und bevor ich jetzt gleich das erste Panel darum bitte, hier auf das Podium zu kommen, möchte ich gerne die Gelegenheit nutzen, meinen Kolleginnen und Kollegen aus der Bundestagsfraktion noch einmal ein

herzliches Wort des Dankes zu sagen. Insbesondere denjenigen, die im Verteidigungsausschuss, aber auch denjenigen, die im Auswärtigen Ausschuss, im Europaausschuss, in anderen Ausschüssen des Deutschen Bundestages immer wieder auch auf das Thema zu sprechen kommen und immer wieder auch die Bundeswehr in den Fokus ihrer politischen Arbeit nehmen.

Seien Sie versichert, Sie werden in dieser Bundestagsfraktion einen kritischen, aber einen sehr konstruktiven Begleiter der deutschen Soldatinnen und Soldaten finden. Wir sind an Ihrer Seite, weil Sie an der Seite unseres Landes stehen. Und das ist die gemeinsame Aufgabe, der wir uns alle gemeinsam verpflichtet sehen.

Herzlichen Dank, dass Sie heute in so großer Zahl bei uns sind.